

Homo oeconomicus

Weniger Geld für Frauen

Die Ökonomin Mascha Madörin hat errechnet, dass man den Frauen in der Schweiz jedes Jahr rund 100 Milliarden Franken vorenthält. Etwa ein Viertel davon entfällt auf die übliche Lohn-differenz zwischen den Geschlechtern, der Rest auf die ungleiche Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit. Dass Frauen paradoxerweise für ihr starkes Engagement in der privatisierten Sorgearbeit mit niedrigen Löhnen auf dem Erwerbsarbeitsmarkt bestraft werden, gilt bekanntlich nicht nur in der Schweiz. Nahezu überall auf der Welt sind die Verhältnisse ähnlich, und sie ändern sich nur langsam. Die Pandemie hat vielerorts zu neuen Rückschlägen geführt. Die beliebteste Methode, mit dieser Schiefelage umzugehen, ist Wegsehen: notorische Dethematisierung. Seit Jahrzehnten leisten Ökonomen passiven Widerstand, wenn sie aufgefordert werden, den Gegenstandsbereich ihrer Disziplin um den größten Sektor zu erweitern. Die Politik betreibt Symptombekämpfung, Medien berichten täglich über die Börse, aber nur alle paar Monate über ökonomische Aspekte der Haushaltsproduktion.

Und viele Frauen tragen selbst dazu bei, den Wert ihrer Arbeit unsichtbar zu machen: Die einen glauben immer noch an eine besondere weibliche Begabung für die tätige Beantwortung von Sinnfragen, andere bemühen sich buchstäblich bis zum Umfallen, private Lösungen für systembedingte Widersprüche zu finden. Politisierung und Selbstorganisation der Frauen lassen nach wie vor zu wünschen übrig. Mascha Madörin schlägt massiv erhöhte staatliche Investitionen in den un- und unterbezahlten Care-Sektor vor, einschließlich Lohn für Hausarbeit. Konkrete Vorschläge, wie ein solches Programm aussehen könnte, hat sie allerdings noch nicht vorgelegt. Tatsächlich wird die Lösung wohl kaum von freischaffenden Ökonom*innen und Aktivist*innen allein in Gratisarbeit erarbeitet werden können.

Anders als Madörin tritt die Hamburger Arbeitswissenschaftlerin Gabriele Winker, Mitbegründerin des Netzwerks „Care-Revolution“, für ein bedingungsloses Grundeinkommen (BGE) ein. Auch ich lande nach vielem Nachdenken immer wieder bei dieser Idee, dass wir die Logik der gesellschaftlichen Kooperation verändern sollten: weg vom Malocher-Prinzip „Lohn für Leistung“, hin zur Existenzsicherung als Ermöglichung selbstbestimmten Tuns. Zwar wäre damit das Problem der Anerkennung von Care-Tätigkeiten noch nicht gelöst. Es besteht sogar die Gefahr, dass ein BGE als Hausfrauenlohn aufgefasst würde. Dieses Missverständnis könnte die verkehrte Arbeitsteilung noch verfestigen. Immerhin aber würde ein Grundeinkommen die Frauen, die diese ökosystemrelevante Arbeit an den Menschen leisten, aus der unwürdigen Abhängigkeit von „Ernährern“ und aus der größten Armut befreien. Verhandlungsmacht würde gestärkt, es entstünden neue Spielräume für Selbstorganisation und politische Mitgestaltung.

Sicher ist: Was es anstelle von Schweigen, Verleugnen und konzeptlosem Weiterwursteln jetzt braucht, ist eine ernsthafte, lösungsorientierte Debatte über Care als Mitte allen Wirtschaftens.



Ina Praetorius
ist evangelische
Theologin und
Autorin von
„Wirtschaft ist
Care“.

Youtube



Tennet-Strommast: Das Netz muss in den kommenden Jahren stark ausgebaut werden.

Tennet

Auch ohne Staatseinstieg

Der Stromnetzbetreiber sieht sich auch ohne Beteiligung des Bundes für eine massive Erhöhung der Investitionen gut gerüstet.

Klaus Stratmann Berlin

Seit Monaten verhandelt die Bundesregierung mit der niederländischen Regierung über einen Einstieg des deutschen Staates beim Stromübertragungsnetzbetreiber Tennet. Doch die Gespräche, die nach bisheriger Planung bis Ende März zu einem Abschluss gebracht werden sollen, kommen nicht voran. „Ich rechne nicht mit einem Ergebnis noch in diesem Monat“, sagte Tennet-Finanzchef Otto Jager dem Handelsblatt. Es sei bislang keinerlei Vereinbarung getroffen worden.

„Die deutsche Seite hat deutlich gemacht, dass sie ein Interesse an einer Mehrheitsbeteiligung an der deutschen Tennet-Tochter hat. Das entspricht nicht der von der niederländischen Regierung bevorzugten Option“, sagte Jager. Zugleich betonte er, das letzte Wort sei noch nicht gesprochen.

Das Bundeswirtschaftsministerium erklärte auf Anfrage, die Verhandlungen hätten im Mai 2020 begonnen, sie hätten aber „in den vergangenen Wochen angesichts der Mitte März bevorstehenden Wahlen in den Niederlanden nicht in der beabsichtigten Intensität fortgeführt werden“ können. „Deutschland und die Niederlande werden die Gespräche nach den Wahlen fortsetzen“, hieß es aus dem Ministerium. Die Wahlen in den Niederlanden finden am 17. März statt.

Aus Verhandlungskreisen hieß es, es habe zuletzt in den Verhandlungen keine Fortschritte gegeben. Nichts deutete auf eine Einigung hin.

Jager räumte ein, die Beteiligung des deutschen Staates wäre durchaus wünschenswert: „Natürlich wäre der deutsche Staat ein willkommener In-

vestor. Die Beteiligung würde unterstreichen, dass wir die politische Rückendeckung haben“, sagte er.

Die Finanzierungssituation sei aber auch ohne den Einstieg der Bundesregierung komfortabel. „Wir haben keinen Druck. In Deutschland sind wir bis Anfang 2024 durchfinanziert, in den Niederlanden bis 2023. Die niederländische Regierung hat dafür bereits klar zugesagt, dass sie bei der nächsten Finanzierungsrunde dabei ist“, so Jager.

16 Milliarden Euro investiert

Tennet gehört zu hundert Prozent dem niederländischen Staat. Das Unternehmen betreibt und baut große Teile des Stromübertragungsnetzes in Deutschland sowie das komplette Stromübertragungsnetz in den Niederlanden. Das Netz dient dem Transport großer Strommengen über weite Entfernungen. Es muss massiv ausgebaut werden, weil sich die Stromerzeugung stark wandelt. So wird immer mehr Strom im Norden Deutschlands und auf hoher See erzeugt. Dieser Strom muss in die Verbrauchszentren im Süden und Westen transportiert werden. Tennet ist außerdem dafür verantwortlich, deutsche und niederländische Offshore-Windparks in der Nordsee ans Netz anzubinden.

Das alles erfordert enorme Investitionen. Vor diesem Hintergrund hatte die niederländische Regierung Interesse bekundet, Deutschland als Investor mit ins Boot zu holen. Im Mai vorigen Jahres hatten die Regierungen beider Länder vereinbart, in Energiefragen enger zu kooperieren. Vereinbart wurde auch, „ein gemeinsames Vorgehen zur Stärkung der Kapitalbasis von Tennet zu entwickeln“. Die Verhandlungen über eine Beteiligung des Bundes

bei Tennet sollten der Vereinbarung zufolge im ersten Quartal 2021 abgeschlossen werden.

Tennet wird seine Investitionen kräftig erhöhen. „Unser Ziel ist es, die Investitionen in den kommenden Jahren auf fünf bis sechs Milliarden Euro jährlich zu steigern“, sagte Finanzchef Jager. Damit bewege man sich „in Richtung einer Verdopplung der jährlichen Investitionen“, sagte er.

2020 investierte das Unternehmen laut Jager 3,4 Milliarden Euro, davon entfielen 2,1 Milliarden Euro auf Deutschland, der Rest auf die Niederlande. Insgesamt hat das Unternehmen in den vergangenen zehn Jahren bereits 16 Milliarden Euro in die deutsche Energiewende investiert. Der Umsatz stieg 2020 von 4,1 auf 4,5 Milliarden Euro, das Ergebnis vor Zinsen und Steuern (Ebit) ohne Sondereffekte lag bei 796 Millionen Euro, nach 753 Millionen Euro im Vorjahr.

Der Ausbau der Offshore-Windkraft bringt für Tennet erhebliche Herausforderungen mit sich. „Allein auf uns entfallen bis 2030 in Deutschland und in den Niederlanden 27 Gigawatt Offshore-Anschlusskapazität“, sagte Tim Meyerjürgens, Chief Operating Officer (COO) des Unternehmens, dem Handelsblatt. Zur Veranschaulichung: 27 Gigawatt entsprechen in etwa der installierten Leistung von 27 Kernkraftwerken. Über die bereits getätigten Investitionen hinaus wird das Unternehmen laut Meyerjürgens bis 2030 weitere 20 Milliarden Euro allein in den Offshore-Bereich investieren. Die Zukunft der Offshore-Windkraft in Europa liegt nach Überzeugung von Meyerjürgens in einer Kooperation der EU-Staaten. Es sei ein länderübergreifendes Konzept erforderlich.

Tennet